

Franz Sinabell

# Wirtschaftspolitische Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels in Österreich

S. 69 - 80

Aus:

Hermann Breuer und Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

## Szenarien zur demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Regionen

Stadtforschung und Statistik | Themenbuch 1  
Köln 2013

ISBN 978-3-922421-54-2 (Printversion)

ISBN 978-3-922421-56-6 (PDF-Version)



Verband Deutscher Städtestatistiker

© 2013 Verband Deutscher Städtestatistiker unter Verwendung einer CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0 Deutschland.

Die PDF-Version wird kostenfrei unter Verwendung einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: BY-NC-ND 3.0 Deutschland. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen.

Dabei gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden. Weitere Informationen zur Lizenz unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>



# Inhalt

<i>Hermann Breuer</i> Einleitung: Ergebnisbeiträge des Szenario-Workshops des VDSt .....	1
<i>Hans-Peter Gatzweiler und Martin Gornig</i> Integrierte Szenarien der Raumentwicklung in Deutschland – Welche Trends sind entwicklungsprägend? .....	7
<i>Robert Helmrich, Marc-Ingo Wolter und Gerd Zika</i> Zukünftige Fachkräftemärkte in Deutschland: Von Modellrechnungen zu Szenarien .....	21
<i>Martin Dietz, Carina Himsel und Ulrich Walwei</i> Erwerbsformen: Längerfristige Trends und Arbeitsmarkteffekte .....	47
<i>Franz Sinabell</i> Wirtschaftspolitische Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels in Österreich .....	69
<i>Baldo Blinkert</i> Szenarien zur Veränderung städtischer Sozialstrukturen und Lebensverhältnisse: Rückwirkungen auf kommunale Pflegesysteme und Kosten .....	81
<i>Andrea Jonas</i> Szenarien zum Pflegebedarf und -potenzial in einer Großstadt: Das Beispiel Köln .....	101
<i>Klaus Trutzel und Thomas Willmann</i> ToolS - Das europäische Gemeinschaftsprojekt als Informationsgrundlage lokaler Politikgestaltung von Alterung und Pflege .....	121
<i>Ansgar Schmitz-Veltin</i> Szenarien in der Stadtforschung – eine sinnvolle Ergänzung zu klassischen Vorausberechnungen? .....	137

# Autorinnen und Autoren

Prof. em. Dr. Baldo <b>Blinkert</b>	Institut für Soziologie der Universität Freiburg, Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Freiburg im Breisgau
Hermann <b>Breuer</b>	Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln, Köln
Dr. Martin <b>Dietz</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Dr. Hans-Peter <b>Gatzweiler</b>	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn
Prof. Dr. Martin <b>Gornig</b>	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Dr. Robert <b>Helmrich</b>	Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Carina <b>Himself</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Dr. Andrea <b>Jonas</b>	Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln, Köln
Dr. Ansgar <b>Schmitz-Veltin</b>	Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart
Dipl.-Ing. Dr. Franz <b>Sinabell</b>	WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung , Wien
Klaus <b>Trutzel</b>	KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit, Nürnberg
Dr. Ulrich <b>Walwei</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Thomas <b>Willmann</b>	Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg, Freiburg im Breisgau
Dr. Marc-Ingo <b>Wolter</b>	Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung mbH, Osnabrück
Dr. Gerd <b>Zika</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Franz Sinabell

# Wirtschaftspolitische Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels in Österreich

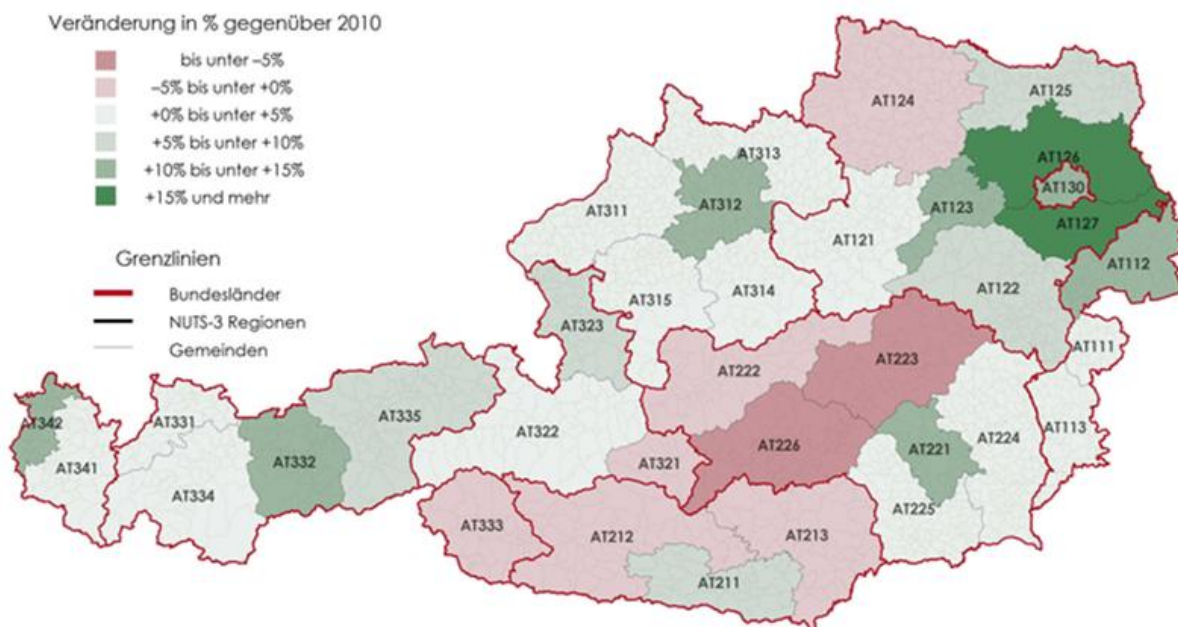
## Einleitung und Problemstellung

In einer Studie für die österreichischen Bundesländer hat das WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) die ökonomischen Effekte des demografischen Wandels auf die österreichischen Regionen analysiert (vgl. Huber et al. 2010). Der Bericht greift ausgewählte Ergebnisse statistischer Auswertung und einer Modellanalyse auf und zieht wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen. Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass die wirtschaftlichen Folgen der Veränderungen von Dynamik und Struktur der Bevölkerung für Österreichs Regionen bereits gut absehbar sind. Gravierende wirtschaftliche Einbußen sind wenig wahrscheinlich. Eine Voraussetzung für die Verwirklichung einer solchen Entwicklung ist allerdings, dass es der Wirtschaftspolitik gelingt, den alterungsbedingten Wandel wachstumsoptimierend zu begleiten. Der Beitrag skizziert folglich jene Handlungsfelder für eine solche Politik auf der Ebene der österreichischen Bundesländer und geht dabei über den Rahmen der Wirtschaftspolitik hinaus und betrachtet auch Familienpolitik, Migrations- und Integrationspolitik, Beschäftigungspolitik, Standortpolitik und Verkehrspolitik.

Schrittweise, aber dennoch wichtige Änderungen wirken auf die Bevölkerung von Europa. Zwei wichtige positive Trends zeichnen sich ab: eine leichte Steigerung der Fruchtbarkeit und eine höhere Lebenserwartung. Die allerniedrigsten Geburtenraten - unter 1,3 Kindern pro Frau - werden zwar im aktuellen Bericht zur demografischen Entwicklung (EUROSTAT 2012a) nicht mehr konstatiert, dennoch liegt die Geburtenrate für die EU-27 nur bei 1,6 und somit weit unter der für ein Gleichgewicht erforderlichen Rate von 2,1. Die Demografen sind zuversichtlich, dass die Geburtenrate auf über 1,7 steigen wird, wenn Anpassungen für den Aufschub der Geburten berücksichtigt werden. Geringe Fertilitätsraten sind nur eine Seite der Medaille, die andere ist ein Rückgang in der Zahl der Todesfälle oder in positiver Hinsicht, eine Steigerung der Lebenserwartung. Im Jahr 2009 lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung bei 40,6 Jahren in der EU 27 und es wird den aktuellen Projektionen zufolge 47,9 Jahre im Jahr 2060 erreichen.

Gemäß aktuellen Prognosen auf EU-Ebene wird erwartet, dass im Jahr 2014 die erwerbsfähige Bevölkerung (20 bis unter 65 Jahre) zu schrumpfen beginnt, da die großen geburtenstarken Jahrgänge nun in ihren Sechzigern sind und in den Ruhestand treten. Die Zahl der Menschen im Alter von 60 Jahren und darüber in der EU steigt nun jedes Jahr um mehr als zwei Millionen, ungefähr doppelt so schnell als vor drei Jahren noch beobachtet. Die arbeitende Bevölkerung wird auch älter und somit erhöht sich der Anteil der älteren Arbeitnehmer in Beschäftigung. Jedes Jahr werden etwa 5 Millionen Kinder in der EU-27 geboren und über 2 Millionen Menschen wandern aus Drittstaaten zu. Die Zahl der Geburten in der EU überwiegt jene der Todesfälle um mehrere hunderttausend Personen pro Jahr, während der Wanderungssaldo weit mehr als eine Million Personen beträgt. Infolgedessen ist die Migration für den größten Anteil des Bevölkerungswachstums in der EU verantwortlich. Migration aus Nicht-EU-Ländern könnte daher in der EU eine temporäre Atempause der alternden Bevölkerung mit sich bringen, denn die meisten Immigranten sind junge Erwachsene im Alter zwischen 25 und 34 Jahren. In dem Maß, in dem junge Kohorten von Ausländern schrittweise in die älteren nationalen Kohorten einfließen, wird die Gesamtbevölkerung verjüngt und auch die Vielfalt nimmt zu. Der generelle Befund für die EU trifft im Wesentlichen auch für Österreich zu, wenngleich einige spezifische Unterschiede erkennbar sind (vgl. EUROSTAT 2012b): eine geringe Fertilitätsrate (1,44 im Jahr 2012), das Hinausschieben des Zeitpunkts zu dem Frauen Kinder gebären (das durchschnittliche Fertilitätsalter beträgt 30 Jahre) sowie ein durch Immigration und Alterung bedingtes Bevölkerungswachstum von aktuell 8,45 Millionen Einwohnern auf 9 Millionen im Jahr 2030.

**Abbildung 1:** Erwartete regionale Veränderung der Bevölkerung 2030 gegenüber 2010



Quelle: ÖROK u. Statistik Austria 2010.

Zu den bereits genannten Problemfeldern der geringen Fertilität, den Herausforderungen bezüglich der Integration von Zuwanderern, dem höheren Alter der Erwerbstätigen sowie der Zunahme der Kohorten mit hochbetagten Personen kommt die regionale Dimension. Ins Auge sticht, dass die demografischen Veränderungen nicht gleichmäßig verlaufen, sondern regional stark unterschiedlich

ausgeprägt sind, wie an der Veränderung der Bevölkerung gesehen werden kann (siehe Abbildung 1).

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist vor allem die Veränderung der Erwerbspersonen wichtig. Auf Ebene der Bundesländer lassen sich dabei vier Gruppen feststellen:

1. In Wien wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich steigen, wobei es hier auch nach 2020 noch zu einem weiteren Anstieg der Erwerbspersonen kommen sollte.
2. In Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch steigen und danach zurückgehen. Dieser Rückgang wird aber moderat sein, sodass den Arbeitsmärkten dieser Bundesländer auch im Jahr 2030 noch mehr Erwerbspersonen zur Verfügung stehen sollten als noch 2010.
3. In den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 ebenfalls weiter steigen. Der danach folgende Rückgang ist hier aber etwas stärker ausgeprägt, sodass die Zahl der Erwerbspersonen in diesen Bundesländern im Jahr 2030 leicht unter oder am Niveau des Jahres 2010 liegen wird.
4. In Kärnten wird es bereits bis 2020 zu einem Rückgang der dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehenden Erwerbspersonen kommen. Im Jahr 2030 dürfte die Zahl der Erwerbspersonen deutlich unter dem gegenwärtigen Niveau liegen.

Auf kleinräumiger Ebene sind noch deutlichere Differenzierungen zu erwarten, die eng mit dem Urbanisierungsgrad zusammenhängen (siehe Abbildung 1). So wird es in den städtischen Regionen und ihrem Umland (unabhängig davon, ob es sich um Wien, andere Großstädte oder Mittelstädte handelt) bis 2030 zu einer deutlichen Zunahme der Erwerbspersonen kommen. In allen anderen Regionstypen wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 hingegen in etwa stagnieren und danach zurückgehen, wobei diese Rückgänge in den touristischen und industrialisierten Randgebieten am größten sein werden.

Der demografische Wandel gewinnt mit zunehmender Alterung der Bevölkerung an Bedeutung und wirtschaftspolitischer Brisanz. Auch für Österreich stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie weit sich eine Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung auf die Produktivitätsentwicklung und in weiterer Folge auf das Wirtschaftswachstum auswirkt und welche Altersklassen am stärksten zur Produktivitätssteigerung beitragen. Da der demografische Wandel regional unterschiedlich verläuft, sind die Bundesländer dabei in sehr unterschiedlichem Ausmaß betroffen.

Eine für die wirtschaftliche Entwicklung zentrale Einflussgröße ist die Veränderung des Produktivitätswachstums. Der Zusammenhang zwischen Altersstruktur und Produktivitätswachstum verläuft in Österreich nach Ergebnissen von Mayerhofer et al. (2012) umgekehrt U-förmig: jüngere und ältere Erwerbstätige weisen einen geringeren Beitrag zum Produktivitätswachstum auf als Personen im Haupterwerbsalter. Für die Altersklasse der 35- bis unter 45-Jährigen wurde der stärkste positive Einfluss auf das Produktivitätswachstum identifiziert; der Einfluss der Altersklasse der 45- bis unter 55-Jährigen ist statistisch gesehen gleich hoch; die Produktivitätsspitze verläuft daher im Haupterwerbsalter sehr flach. Auch in einer Modellerweiterung, die Spillover-Effekte zwischen den 35 österreichischen NUTS-3-Regionen berücksichtigt, zeigt sich ein flacher umgekehrt U-förmiger Produktivitätsverlauf über die Altersklassen. Obwohl die Zahl der Beobachtungen gering ist und somit eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Höhe der Koeffizienten besteht, wurde daher anhand der zahlreichen Spezifikationen die Robustheit des umgekehrt U-förmigen Zusammenhanges zwischen Al-

tersstruktur und Produktivitätswachstum mit flachem Verlauf im Haupterwerbssalter für die österreichischen Bundesländer gut belegt.

Die Wirkungsmechanismen der Altersstruktur auf die Produktivität wurden jedoch noch nicht genau identifiziert und sind komplexer als im Modell abgebildet. So ist z. B. ein indirekter Einfluss der Bevölkerung im nicht-erwerbsfähigen Alter, die nicht explizit im Modell enthalten ist, durchaus wahrscheinlich (z. B. über ein abweichendes Konsumverhalten; vgl. Lindh u. Malmberg 2009). Interessant wäre auch eine genauere Analyse des Einflusses von Ausbildung und Erfahrung oder ein Fokus auf altersspezifische Unterschiede zwischen Produktivität und Erwerbsbeteiligung nach Wirtschaftssektoren.

Der flache Verlauf des Beitrages zur Produktivitätsveränderung im Haupterwerbssalter weist auf ein rasches Einsetzen der positiven Effekte des Alterns hin, während die negativen Auswirkungen erst relativ spät zum Tragen kommen: Die Kumulierung positiver Erfahrungseffekte könnte demnach die Produktivität steigern, bis im späteren Erwerbsleben negative Effekte (Beeinträchtigung der Gesundheit, veraltetes Wissen) überwiegen. Mit steigender Lebenserwartung und (u. a. damit verbundenen) längeren Ausbildungszeiten verlagert sich die Produktivitätsspitze aber in ein höheres Alter (vgl. de la Croix et al. 2009). Dem Rückgang des Beitrags zur Produktivitätssteigerung im späten Erwerbssalter kann daher gegengesteuert werden, etwa mit gesundheits- und bildungspolitischen Maßnahmen. Die Integration von älteren Menschen in den Arbeitsprozess durch eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters ist (ökonomisch) umso wirkungsvoller, wenn diese aufgrund hoher Produktivität in nennenswertem Ausmaß zur Wertschöpfung beitragen können.

Diese Befunde zeigen, dass die österreichische Gesellschaft auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur reagieren kann. Durch wirtschaftspolitisches Handeln können negative Auswirkungen abgemildert und mögliche Vorteile verstärkt werden, wenn entsprechende Schritte gesetzt werden. In den folgenden Abschnitten werden zusammenfassend Ansätze vorgestellt, die von Mayerhofer et al. (2010), Huber (2010a), Schönfelder (2010), Kunnert et al. (2010) sowie Huber et al. (2010) entwickelt wurden.

## **Handlungsfelder einer den demografischen Wandel begleitenden Politik**

### **Vorbemerkung**

Um die skizzierten Herausforderungen zu bewältigen, ist ein integrierter Ansatz anzustreben, der gestaltende und reaktive Politikinstrumente kombiniert. Dabei wären im Rahmen von Politiken zur Beeinflussung der demografischen Rahmenbedingungen regionale Bedingungen zu schaffen, die

- hinreichend günstige ökonomische und institutionelle Voraussetzungen für die Entscheidung zu Kindern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren, und
- für die Aufnahme und Integration von Immigranten/innen entsprechende Voraussetzungen bieten.

Im Rahmen einer Anpassung an den demografischen Wandel ist es zudem erforderlich, die regionalen Bedingungen zu schaffen, die

- Beschäftigung fördern und ein längeres aktives Erwerbsleben mit hoher Lebensqualität zulassen,



- ein produktives und leistungsfähiges Wirtschaften unter geänderten Rahmenbedingungen erlauben und
- die für eine alternde Gesellschaft notwendigen Infrastrukturen bereitstellen.

#### **Familienpolitik: Familien unterstützen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern**

Für Österreichs Familienpolitik lässt sich konkret folgender Reformbedarf orten: Obwohl die Ausgaben für Familienleistungen (3 % des BIP) im internationalen Vergleich hoch sind, bleiben Fertilitätsrate (2008: 1,41 bzw. nach UN 1,38; Europa 1,50, Schweden 1,87) und Kinderwunsch klar unter dem EU-Schnitt. Eine gegenüber der Gesamtbevölkerung höhere Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (nach Eurostat 15 %) sowie eine anhaltende ökonomische Schlechterstellung von Frauen gegenüber Männern (vgl. etwa Grünberger u. Zulehner 2009) kommen hinzu.

Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Situation können an der spezifischen Verteilung familienbezogener Leistungen in Österreich ansetzen, die durch eine international durchaus unübliche Konzentration auf direkte monetäre Transfers an Eltern (78 % der gesamten Leistungen; rund 2,4 % des BIP, OECD 1,3 %) gegenüber steuerlichen Erleichterungen und vor allem Realtransfers (rund 0,5 % des BIP in OECD-Ländern 0,8 %) gekennzeichnet ist (Festl et al. 2010).

Dies ist wenig effizient, da die Fertilität gemäß umfangreicher empirischer Evidenz (z.B. Pailhé et al. 2008) kaum mit der Höhe von Geldleistungen korreliert, aber deutlich (positiv) durch den Zugang zu unterstützenden Dienstleistungen (vor allem institutionalisierte Betreuung für jüngere Kinder) sowie die Erwerbsbeteiligung von Frauen beeinflusst wird (EU-Kommission 2009). Auch der Kinderwunsch scheint empirisch vor allem durch die Beschäftigungssituation, ihrer für den Fall einer Kinderentscheidung erwarteten Änderung, sowie den bestehenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung determiniert. Ergebnisse aus Systemvergleichen (Bock-Schappelwein et al. 2009; Famira-Mühlberger et al. 2010) finden regelmäßig höhere Fertilitätsraten und Frauenerwerbsquoten in Ländern mit kurzen und flexiblen Karenzregelungen und einem universellen Zugang zu qualitativ hochwertiger und erschwinglicher Kinderbetreuung (wie etwa den nordischen Ländern). Dagegen liegen Länder mit langen Karenzzeiten und einer Tradition ungebundener und einkommensunabhängiger Transfers (etwa Deutschland und Österreich) zurück.

Wesentlicher Ansatzpunkt zur Effizienzsteigerung in der Familienpolitik wäre damit eine Schwerpunktverlagerung im Maßnahmenmix von ungebundenen Geldleistungen zu Sach- und Dienstleistungen. Die Herausforderung liegt vor allem darin, angesichts der unterschiedlichen Kompetenzschwerpunkte (Bund: eher Geldleistungen, Land/Gemeinden: eher Sach- und Dienstleistungen) eine entsprechende Umschichtung von Ressourcen zwischen den Gebietskörperschaften vorzunehmen. Eine solche Lösung würde neben dem eigentlichen Ziel einer Verbesserung der Anreizstrukturen in Richtung einer Entscheidung für Kinder auch mehreren anderen Zielen dienen, die in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel von Bedeutung sind. Zu nennen ist hier zunächst die Armutsbekämpfung: Transfers decken (im günstigen Fall) zwar die direkten kinderbezogenen Verbrauchsausgaben ab, kaum aber die vollen (im Vergleich hohen) Opportunitätskosten aus dem entgangenen Erwerbseinkommen des betreuenden Elternteils (Lutz 2003). Effiziente Dienstleistungen, die eine Vereinbarkeit von Kindern und Beruf erlauben, können die finanzielle Haushaltssituation in Alleinerzieher/innen-Haushalten (über eine mögliche zumindest teilweise Berufstätigkeit) und Paar-Haushalten (über ein zweites vollwertiges Einkommen) wesentlich verbessern.

Schlüssel für die Stärkung der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ist vor allem der weitere Ausbau einer erschwinglichen, ganztägig verfügbaren und qualitativ hochwertigen außerhäuslichen Kinderbetreuung. Ihr Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Frauen ist vielfach belegt, auch für Österreich sind erhebliche Effekte zu erwarten. Jüngste Schritte dazu sind zu begrüßen, vor allem im Bereich der Kleinkinder sowie der Nachmittagsbetreuung von Pflichtschulkindern sind jedoch massive Defizite verblieben. So weist Österreich mit 14 % (Steiermark 6,5 %, Wien 25,5 %) gemeinsam mit Deutschland die geringste Betreuungsquote bei 0- bis 2-jährigen Kindern unter den EU-Ländern auf, auch die Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern in dieser Altersgruppe sind in beiden Ländern die geringsten in der EU. Damit werden die Barcelona-Ziele, die bis 2010 eine Versorgungsquote von 33 % bei den unter 3-Jährigen vorsehen (Europäischer Rat 2002), massiv verfehlt. Auch in Öffnungszeiten und Flexibilität der Einrichtungen sind Defizite verblieben, die eine Vereinbarkeit mit einer Erwerbstätigkeit einschränken.

### **Migrations- und Integrationspolitik: Externe Ressourcen nutzen, Integrationschancen erhöhen**

In Österreich fehlen bisher wirksame Ansätze zur Fokussierung auf die Zuwanderung Höherqualifizierter. Hier ist festzuhalten, dass ausländische Arbeitskräfte in Österreich – trotz spürbarer Verbesserungen in den letzten Jahren – im internationalen Vergleich immer noch schlecht qualifiziert sind: Nach Daten der OECD war Österreich 2001 das Land mit dem geringsten Anteil an im Ausland Geborenen mit einem tertiären Bildungsabschluss unter allen OECD Ländern. Dies hat sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus verteilungspolitischer Sicht Nachteile. Eine höher qualifizierte Zuwanderung ist einer gering qualifizierten vorzuziehen, da sie zu höherem Wachstum und vorteilhafteren Verteilungswirkungen führt. Ziel der Migrationspolitik sollte es daher sein, Österreich verstärkt für hoch qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv zu machen und Einwanderern einen ihren Qualifikationen entsprechenden Einsatz zu ermöglichen.

Dabei stehen Österreich und seine Bundesländer im Versuch, verstärkt hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen, im Wettbewerb mit annähernd allen entwickelten Ländern. Die Determinanten der Wahl des Ansiedlungslandes von Hochqualifizierten unterscheiden sich dabei in vielerlei Hinsicht von jenen der Niedrigqualifizierten. Sie werden insgesamt deutlich stärker von Karrieremotiven, dem Wunsch nach Anerkennung ihrer Qualifikationen, den Lebensbedingungen am neuen Wohnort (in Form etwa von Kultur- und Freizeitangeboten) und den Möglichkeiten des Familiennachzugs geprägt, während Verdienstmöglichkeiten eine - im Vergleich zu Niedrigqualifizierten - etwas geringere Rolle spielen. Dementsprechend wichtig ist es, hoch qualifizierten Zuwanderern ihren Qualifikationen entsprechende Arbeitsplätze und ansprechende Lebensbedingungen zu bieten. Damit kommt der Regional- und Standortpolitik in diesem Bereich eine wichtige Rolle zu.

Diese indirekten Steuerungsmöglichkeiten werden in Zukunft auch deswegen an Bedeutung gewinnen, weil nach dem Ende der Übergangsfristen im Bereich der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten im Mai 2011 der überwiegende Teil der Migration nicht mehr durch Zugangsbeschränkungen reguliert werden kann. In den letzten Jahren stammten ca. 70 % der Nettozuwanderung nach Österreich aus Ländern der EU 27.

Instrumente der direkten Steuerung der Zuwanderung über Aufenthalts- und Arbeitstitel können seit Mitte 2011 auf den größten Teil der Zuwandernden nicht mehr angewandt werden. Schlussendlich zeigt eine Reihe von Ergebnissen (z.B. Bock-Schappelwein et al. 2008), dass in Zeiten einer moderateren, aber stetigen Zuwanderung die negativen Effekte auf die Arbeitslosigkeit (auch pro Zuwanderer/in) geringer sind als in Zeiten einer sehr raschen Zuwanderung. Der Grund hierfür liegt

darin, dass bei einer langsameren Zuwanderung alternative Anpassungsmechanismen der Volkswirtschaft (z.B. über steigende Investitionen) einen größeren Teil der Anpassungslast übernehmen. Dementsprechend sollte die österreichische Migrationspolitik auch in Zukunft danach trachten, die Zuwanderung aus Drittstaaten arbeitsmarktverträglich zu gestalten, indem bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen auf die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten Rücksicht genommen wird.

Zentraler Ansatzpunkt einer besseren Integrationspolitik sollte sein, die Heterogenität der Problemlagen von Personen mit Migrationshintergrund in den österreichischen Regionen, die sich hinsichtlich ethnischer Herkunft, Qualifikationsniveau, Geschlecht, Zuwanderungsgrund deutlich unterscheiden, aufzunehmen und mit gezielten Maßnahmen (z.B. im Rahmen von lokalen und regionalen Projekten) anzusprechen. So werden etwa temporäre Migranten/innen, die sich nur begrenzt in Österreich aufhalten, andere Integrationswünsche und -notwendigkeiten haben als permanente Zuwanderer/innen. Vor allem die zahlreichen deutschen Zuwanderer der letzten Jahre werden – etwa in der sprachlichen Integration – andere Problemlagen sehen als Zuwanderer aus Ländern mit nicht-deutscher Muttersprache.

Im Bereich Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik zeigen die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung zur Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich (Statistik Austria 2009; Huber 2010b), dass die Problemlagen von verschiedenen Personengruppen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt recht unterschiedlich sind und dementsprechend unterschiedlicher Lösungsansätze bedürfen. Zum einen unterscheiden sich die Ergebnisse zwischen der ersten und der zweiten Generation der Zuwanderer. So sind nicht nur die erste Generation der Zuwanderer, sondern auch ihre in Österreich geborenen Kinder (zweite Generation) am Arbeitsmarkt gegenüber einheimischen Arbeitskräften benachteiligt. Insbesondere sind die Arbeitslosenquoten der zweiten Generation in Österreich höher als jene der ersten Generation (die ihrerseits wieder höher sind als jene der Inländer/innen), und ihre Erwerbs- und Beschäftigungsquoten sind geringer. Dementsprechend sollten in der Formulierung der Arbeitsmarktpolitik nicht nur Ausländer/innen, sondern verstärkt auch Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angesprochen und die erheblichen Differenzierungen zwischen erster und zweiter Generation berücksichtigt werden.

#### **Beschäftigungspolitik: Erwerbspotentiale nutzen, Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen**

Ein zentraler Ansatzpunkt liegt darin, die berufliche Segregation und Lohnunterschiede zu verringern. Neben Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die auch zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, erscheinen hier Maßnahmen mit dem Ziel, eine Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt und damit verbunden eine höhere Attraktivität der Erwerbstätigkeit für Frauen zu erreichen, wesentlich. Ein Ansatzpunkt ist dabei die verstärkte Förderung von Frauen in so genannten "Männerberufen", um auf diese Weise die Segregation am Arbeitsmarkt zu bekämpfen. In vielen österreichischen Bundesländern werden gerade zu diesem Themen bereits Maßnahmen durchgeführt, die vor allem der Information junger Frauen und der Sensibilisierung von Bildungsträgern dienen. Es wäre wünschenswert, diese Initiativen auszubauen und zu ergänzen, beispielsweise könnte die Zusammenarbeit mit den Betrieben zur Durchführung von "Tagen der offenen Tür" und von Praktika verstärkt werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt liegt in der Verringerung von Geschlechterunterschieden in der atypischen Beschäftigung. Zwei Strategien sind dafür denkbar: Eine Normalisierung der atypischen Beschäfti-

gung als Phase im Erwerbslebenszyklus von Männern und Frauen, wodurch Unterschiede zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen verringert werden sollen, um den Übergang zwischen ihnen zu erleichtern. Hier ist es wichtig, den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen nach einem Wechsel möglichst zu entsprechen, um unfreiwillige atypische Beschäftigung zu verhindern. Eine zweite, parallele Strategie sollte dahingehend arbeiten, das Angebot an atypischer Beschäftigung zu differenzieren und verstärkt Männer und hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Teilzeit einzubinden. Diese Strategien können erfolgreich sein, wenn auch Männer Teilzeitstellen nicht mehr als Abweichung von der Norm betrachten. Zudem wäre es wichtig, sicherzustellen, dass rechtliche Regelungen (Gesetze, Kollektivverträge oder Betriebsvereinbarungen) routinemäßig auch dahingehend überprüft werden, ob sie gegenüber atypisch Beschäftigten diskriminieren, und atypisch Beschäftigte in gleichem Ausmaß an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen können wie Vollzeitbeschäftigte. Weiterbildungskonzepte sollten dabei auch dahingehend geprüft werden, ob Beschäftigte mit Familienaufgaben an Bildungsmaßnahmen teilnehmen können.

Evaluierungsergebnisse (Lutz et al. 2005) zeigen, dass Frauen offensichtlich noch stärker von Qualifizierungsmaßnahmen profitieren als Männer, sodass gerade in diesem Bereich auch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Komponente der Gleichstellungspolitik bilden. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen (abgesehen von höheren Vermittlungsquoten) oftmals auch dem Abwandern von Frauen aus dem Arbeitsmarkt entgegenwirken und somit einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsquote der Frauen leisten.

Ein in Österreich besonders wichtiger Hebel liegt in der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer. Die Steigerung der Erwerbstätigkeit der Älteren erfordert nach den Ergebnissen bisheriger Studien (z.B. Fritz et al. 2006a,b; Scopetta et al. 2007) einen integrierten Politikansatz, in dem insbesondere vier strategische Felder angesprochen werden:

1. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Unternehmen für dieses Thema – Dies kann dadurch erreicht werden, dass das Ziel einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren als Querschnittsmaterie in allen Bereichen der Politik verankert und auch öffentlich kommuniziert wird. Auf der Seite der Unternehmen wären tradierte Vorurteile über hohe Effizienz Nachteile von Älteren durch die Verbreitung neuerer Forschungsergebnisse abzubauen und „Best-Practice“-Beispiele im Bereich „Age-Diversity-Management“ verstärkt zu diffundieren.
2. Der Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Älteren: Dies kann vor allem durch eine gesundheitsverträglichere Gestaltung der Arbeitsbedingungen, präventivmedizinische Maßnahmen und eine intensive Beratung der Unternehmen geschehen.
3. Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, womit vor allem die kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitskräfte gemeint ist. Zum einen geht es dabei um die Entwicklung von spezialisierten Weiterbildungsangeboten für Ältere, zum anderen um eine umfassende Verankerung von Strategien des lebensbegleitenden Lernens in den Unternehmen.
4. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die besonderen Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer – hierunter fallen die Gestaltung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz, aber auch die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung und der Ausgestaltung interner Arbeitsmärkte für Ältere. In vielen Bundesländern bestehen dabei zu verschiedenen Teilbereichen dieser Strategie bereits erprobte und erfolgreiche Instrumente. Außerdem wurden in einer Reihe von Projekten Ansatzpunkte für eine solche integrierte Politik erarbeitet (Beispiele: Scopetta et al. 2007; Mörth u. Gusenbauer 2005).

Ein weiterer Hebel liegt darin, lebensbegleitendes Lernen als Priorität der Wirtschaftspolitik zu implementieren. Trotz weitgehender Übereinstimmung, dass Lernen über die Jugendphase hinaus in der entstehenden Wissensgesellschaft zunehmend wichtig wird, hat Lernen im Erwachsenenalter noch keine hervorgehobene Bedeutung in politischen wie wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erlangt. Auch in den Bildungsbudgets ist ein Paradigmenwechsel zum lebensbegleitenden Lernen bisher kaum zu erkennen. Es scheint daher notwendig, (auch) auf der Ebene der Bundesländer konsistente und auf die jeweilige regionale Situation abgestimmte Weiterbildungsstrategien zu entwickeln bzw. bestehende Konzepte zu aktualisieren. Die Umsetzung der darin formulierten Handlungslinien wäre über einen explizit für Weiterbildung bestimmten Ansatz im Landesbudget zu sichern.

### **Wachstumsorientierte Standortpolitik: Produktivität steigern und die Voraussetzungen für eine Wissensgesellschaft verbessern**

Ein wichtiger Schritt ist, den räumlichen Ausgleich in der Innovationsorientierung als regionalpolitische Zielsetzung zu etablieren. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Initiativen zum Abbau von regionalen Produktivitätsunterschieden, vor dem Hintergrund der derzeit absehbaren räumlichen Ausprägung des demografischen Wandels, noch an Bedeutung gewinnen werden, sofern zunehmende regionale Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau in Österreich auch in Zukunft vermieden werden. Dies deshalb, weil für die jüngere Vergangenheit (seit 1995) nach neueren Analysen (Mayerhofer et al. 2008) zwar ein Abbau regionaler Disparitäten gezeigt werden kann, dieser jedoch nicht in einer signifikanten Angleichung der regionalen Produktivitäten seine Ursache hatte. Aufholprozesse von Regionen mit Entwicklungsrückstand gingen vielmehr (bei hier deutlich höherer Beschäftigungsintensität des Wachstums) auf einen verstärkten Arbeitseinsatz in diesen Regionen zurück.

Wichtig ist, Alterung als Thema von missionsorientierten Programmen und Clusterinitiativen zu greifen. Lohnend könnte es sein, die Thematik der alternden Gesellschaft stärker in missionsorientierten Programmen und Clusterbestrebungen der regionalen Innovations- und Technologieförderung zu verankern. So unterstützen Förderprogramme etwa in Japan, das in Hinblick auf die Alterung über erhebliche Erfahrung verfügt, ganz bewusst Entwicklungen, die an den Bedürfnissen älterer Menschen ansetzen und hierzu neue bzw. verbesserte technische Lösungen und/oder Organisationsformen erarbeiten. Zu denken ist dabei im technologienahen Bereich etwa an Medizin- und Gerontotechnik, aber auch an die benutzerfreundliche Anpassung von Alltagstechniken, verbesserte Softwarelösungen zur Benutzerführung bei technischen Geräten ("Transgenerational Design") oder die Umgestaltung der Wohnumgebung durch die elektronische Steuerung verschiedener Funktionen ("intelligente Häuser").

Zudem dürften im weniger technologieorientierten Bereich durch die Alterung eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern entstehen, etwa in der Bauwirtschaft rund um das Thema "Barrierefreiheit", in der Logistik durch verstärkte Bringdienste, oder im Dienstleistungsbereich über die seniorengerechte Gestaltung von Freizeit-, Wellness- und Tourismusleistungen oder haushaltsbezogene Dienstleistungen (Alltagshilfen bei Einkaufen, Gartenpflege etc.). Die regionale Wirtschaftsförderung könnte hier Best-Practices aufzeigen und neue entstehende Optionen für eine Geschäftstätigkeit verstärkt in ihrer Beratungstätigkeit berücksichtigen.

Um einem Rückgang der wissenschaftlichen Kapazität und der Innovationskraft durch ein schrumpfendes und alterndes Erwerbspotential vorzubeugen, sind zielgruppenspezifische Ansätze im Wis-

senschaftsbereich nötig. Es sollten Bemühungen verstärkt werden, den Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen im Allgemeinen und in technischen Studien und neuen IT-Berufen im Besonderen weiter zu erhöhen. Zu denken wäre an eine Verstärkung von Programmen zur Motivation und Interessensbildung schon in den Schulen, wie sie derzeit von einigen Bundesländern durchgeführt werden. Wesentlich wäre auch die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur Vereinbarkeit von Studium und Kindern an den Universitäten bzw. deren Instituten ("familiengerechte Hochschule"). Die Wirtschaftspolitik könnte diese Entwicklung durch eine entsprechende Auditierung unterstützen, auch wären Ansätze der Subjektförderung denkbar, die Studentinnen mit Kindern etwa bei Promotion oder Habilitation temporär unterstützen.

Ein zentraler Ansatzpunkt zur Verwirklichung einer Wissensgesellschaft sind gezielte Maßnahmen in der Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Noch stärker als innovationspolitische Maßnahmen dürften zumindest mittel- und langfristig Aktivitäten der Bildungs- und Qualifizierungspolitik auf Produktivität und Wirtschaftswachstum wirken, weil die Qualifikationsstruktur des regionalen Humankapitals diese Zielgrößen über mehrere Mechanismen beeinflusst. So sind (hoch)qualifizierte Arbeitskräfte auf Firmenebene Grundlage für eine eigenständige Innovationstätigkeit, aber auch für die effizienzsteigernde Implementierung zugekaufter Innovationen im Unternehmen. Auf systemischer Ebene verengen sich die komparativen Vorteile von Standorten in hoch entwickelten Ländern immer stärker auf technologie- und skill-intensive Aktivitäten - ein Strukturwandel zu höheren Qualifikationen und die Notwendigkeit eines Übergangs zur Wissensgesellschaft sind die Folge. Damit sind letztlich auch Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsfähigkeit auf individueller Ebene stark mit dem Qualifikationsniveau korreliert, sodass die regionale Qualifikationsstruktur auch den Grad der Ausschöpfung des regionalen Erwerbspotentials bestimmt.

Auf regionaler Ebene dürfte die Herausforderung dabei in Wien, Niederösterreich, Kärnten und Tirol größer sein als etwa im Burgenland, Salzburg oder Oberösterreich. Zunächst ist die Ausbildungsquote aus demografischen Gründen in fast allen Bundesländern rückläufig, die "Manövriermasse" für ein Up-Grading der Qualifikationsstruktur über die Ausbildung wird also tendenziell kleiner. In Wien, der Steiermark und Tirol wird auch das Ziel eines (signifikant) steigenden Anteils von Jugendlichen in höherer Ausbildung verfehlt, sodass in Wien und Tirol sowie Kärnten auch der Beschäftigtenanteil mit nur Pflichtschule in der Beobachtungsperiode nicht (signifikant) gesunken ist. Die Bedeutung hoch qualifizierter Beschäftigter hat dagegen seit 1995 in allen Bundesländern signifikant zugenommen, mit Ausnahme von Wien und Salzburg freilich von einem im nationalen Vergleich niedrigen Niveau aus.

## Schlussfolgerungen

In der öffentlichen Diskussion in Österreich wird die demografische Alterung derzeit vor allem unter dem Aspekt der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, namentlich des Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystems diskutiert. Allerdings wird die Alterung die ökonomische und soziale Entwicklung Österreichs und seiner Regionen in weit umfassenderer Weise auf vielen Bereichen des Lebens und der Wirtschaft beeinflussen. Zu erwarten sind Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, aber auch auf Siedlungsstruktur und Mobilitätsverhalten. Abzusehen sind außerdem vor allem Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Konsumnachfrage sowie weitergehend Einflüsse auf das Wachstumspotential und die Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler und regionaler Ebene. Diese Auswirkungen stehen im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Herausforderungen.

Eine wichtige Erkenntnis aus der regional differenzierten Betrachtung der Bevölkerungsdynamik ist, dass Alterung und Migration in räumlich höchst unterschiedlicher Intensität auftreten. Somit können auch die Reaktionen auf die wirtschaftlichen und sozialen Effekte des demografischen Wandels keineswegs gleichförmig sein. Regional unterschiedliche Entwicklungstrends in der (erwerbsfähigen) Bevölkerung lösen ceteris paribus Unterschiede in den regionalen Produktionskapazitäten aus. Unterschiede in der Alterung dieses Erwerbspotentials verändern die räumlichen Muster von Innovationsfähigkeit und gesamtwirtschaftlicher Produktivität. Auf der Nachfrageseite bedeutet ein ausdifferenzierter Altersprozess regionale Unterschiede in Sparverhalten und Konsumstruktur, mit entsprechenden Konsequenzen auf die Absatzchancen der regionalen Unternehmen und die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen bzw. Infrastrukturen.

### Literaturhinweise

- Bock-Schappelwein, Julia et al. (2008): Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007. Study of the commissioned by the Austrian Ministry for Labor and Economic Affairs, Wien.
- Bock-Schappelwein, Julia; Eppel, Rainer; Mühlberger, Ulrike (2009): Sozialpolitik als Produktivkraft. WIFO-Studie, Wien.
- de la Croix, David; Lindh, Thomas; Malmberg, Bo (2009): Demographic Change and Economic Growth in Sweden. In: *Journal of Macroeconomics*, 31(1), S. 132-148.
- EU-Kommission (2009): Demography Report 2008: Meeting Social Needs in an Ageing Society. Commission Staff Working Document, DG Employment, Luxembourg.
- Europäischer Rat, "Presidency Conclusions", Barcelona (Hrsg.) (2002): <http://www.consilium.europa.eu/ue-Docs/cms/Data/docs/pressData/en/ec/71025.pdf>.
- EUROSTAT (2012a): Demography Report 2010 - Older, more numerous and diverse Europeans. Commission staff working document. Online verfügbar unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KE-ET-10-001/EN/KE-ET-10-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KE-ET-10-001/EN/KE-ET-10-001-EN.PDF) (abgerufen 9.1.2013).
- EUROSTAT (2012b): Demographic outlook National reports on the demographic developments in 2010. Eurostat methodologies and working papers series. Online verfügbar unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-RA-12-004/EN/KS-RA-12-004-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-12-004/EN/KS-RA-12-004-EN.PDF) (abgerufen 9.1.2013).
- Famira-Mühlberger, Ulrike (Koord.); Budimir, Kristina; Eppel, Rainer; Huemer, Ulrike; Leoni, Thomas; Mayrhuber, Christine (2010): Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktpfanz in der EU. WIFO-Studie, Wien.
- Festl, Eva; Lutz, Hedwig; Schratzenstaller, Margit (2010): Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien. WIFO-Studie, Wien.
- Fritz, Oliver; Huber, Peter; Huemer, Ulrike; Leoni, Thomas (2006a): Arbeitsmarktpolitik in Tirol bis 2010. Wien.
- Fritz, Oliver; Huber, Peter; Huemer, Ulrike; Leoni, Thomas (2006b): Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich. Wien.
- Grünberger, Klaus; Zulehner, Christine (2009): Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich. In: *WIFO-Monatsberichte*, 82(2), S. 139-150.
- Huber, Peter (2010a): Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt. WIFO Monographien, Wien.
- Huber, Peter (2010b): Die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Österreich. In: *WIFO Working Paper*, Nr. 365.

- Huber, Peter; Mayerhofer, Peter; Schönfelder, Stefan; Fritz, Oliver; Kunnert, Andrea; Pennerstorfer, Dieter (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen. Wien.
- Kunnert, Andrea; Fritz, Oliver; Pennerstorfer, Dieter; Streicher, Gerhard; Aigner, Birgit; Döring, Thomas (2010): Teilbericht 3: Alterung und regionale Wettbewerbsfähigkeit. WIFO Monographien, Wien.
- Kunnert, Andrea; Mayerhofer, Peter; Pennersdorfer, Dieter (2012): Demographischer Wandel und regionale Produktivitätsentwicklung in Österreich. In: WIFO Monatsberichte, Heft 11.
- Lindh, Thomas; Malmberg, Bo (2009): European Union Economic Growth and the Age Structure of the Population. In: Economic Change and Restructuring, 42(3), S. 159-187.
- Lutz, Hedwig (2003): Verdienstentgang von Frauen mit Kindern. In: WIFO-Monatsberichte, Heft 10, S. 769-780.
- Lutz, Hedwig; Mahringer, Helmut; Pöschl, Andrea (2009): Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006, Ziel 3 Österreich – Aktualisierung der Halbzeitbewertung Schwerpunktanalysen. Wien.
- Mayerhofer, Peter; Aigner, Birgit; Döring, Thomas (2010): Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential. WIFO Monographien, Wien.
- Mayerhofer, Peter; Fritz, Oliver; Hierländer, Robert; Streicher, Gerhard (2008): Quantitative Effekte der EU-Regionalförderung in Österreich. WIFO-Studie, Wien.
- Mörth, Ingo; Gusenbauer, Michaela (2005): Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitssuchende in Tirol – Endbericht. Studie im Auftrag des AMS Tirol, Johannes Kepler Universität, Linz.
- Pailhé, Ariane; Rossier, Clémentine; Toulemon, Laurent (2008): French Family Policy: long Tradition and diversified Measures. In: Vienna Yearbook of Population Research, S. 149-164.
- Schönfelder, Stefan (2010): Teilbericht 4: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage in den Regionen. WIFO Monographien, Wien.
- Scopetta, Anette; Maier, Dirk; Michalek, Wolfgang (2007): Active Ageing – Regionale Handlungsoptionen in Österreich. Wien.
- Statistik Austria (Hrsg.)(2009): Bevölkerungsprognose 2009. Wien.

### Der Autor

**Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt, Landwirtschaft und Energie des WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Kontakt: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Arsenal Objekt 20, 1030 Wien, Österreich, Telefon: +43 1798 26 01-481, Mail: Franz.Sinabell@wifo.ac.at.